

Es informiert Sie	Heike Löber
Telefon (0202)	563 49 28
Fax (0202)	563 85 31
E-Mail	heike.loeber@stadt.wuppertal.de
Datum	22.10.15

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/0602/15) am 21.10.2015

Anwesend sind:

Vorsitz

Herr Michael Wessel ,

von der CDU-Fraktion

Frau Rosemarie Gundelbacher , Herr Christian Schmidt , Frau Maria Schürmann ,

von der SPD-Fraktion

Herr Mark Esteban Palomo , Frau Ulrike Fischer , Frau Suzanne Kettig , Herr Thomas Kring ,

von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frau Ilona Schäfer , Herr Marcel Simon ,

von der FDP-Fraktion

Frau Eva Schroeder ,

von der Fraktion DIE LINKE

Herr Cemal Agir ,

berat. Mitglied § 58 I GO NRW

Frau Sabine Kik ,

als sachkundige Einwohner/in

Herr Reinhard Fliege , Herr Frank Gottsmann , Herr Dr. Martin Hamburger , Herr Dr. Christoph Humburg , Herr Lutz Middelberg ,

Vertreter/innen der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kühn , Frau Katja Rosenkranz , Herr Uwe Temme , Herr Markus Wilk ,

Schriftführer / in:

Heike Löber

Beginn: 16:10 Uhr

Ende: 16:50 Uhr

I. Öffentlicher Teil

1 **Planung und Modernisierungen im Bereich der (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen** **Vorlage: VO/1659/15**

Auf Frage von Frau Stv. Schäfer erläutert Herr Dr. Hamburger zum Hintergrund der Schließung der Kurzzeitpflegeeinrichtung am Ev. Altenzentrum Cronenberg, Eich, die Auslastung der Kurzzeitpflegeeinrichtung habe unter 50 % gelegen.

Entgegennahme ohne Beschluss.

2 **Geschäftsbericht 2013/2014 des Ressorts Soziales der Stadt Wuppertal** **Vorlage: VO/1640/15**

Auf Nachfrage von Herrn Stv. Simon erklärt Beig. Dr. Kühn, wie schon in der Juni-Sitzung betreffend den Geschäftsbericht mitgeteilt, werde es einen Bericht wie in der vorliegenden Form nicht mehr geben. Was einen Armutsbericht anbelange, könne kein konkreter Zeitplan genannt werden. Herr Temme ergänzt, bei gezielten Fragen könnten Zahlen aus vorhandenen Datenbeständen geliefert werden.

Entgegennahme ohne Beschluss.

3 **Der Rahmenvereinbarung zur Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge beitreten!** **Vorlage: VO/1760/15**

Beig. Dr. Kühn berichtet zum Sachstand der Planung: Es sei eine Rahmenvereinbarung für NRW abgeschlossen, die Kosten für die Kommunen seien definiert. Derzeit werde analysiert, a. welche Kosten bei personeller Nachsteuerung aufgrund weiter zunehmender Flüchtlings-Zahlen zu erwarten seien, b. welche Kosten bei Fremdvergabe der Leistung/en an eine Krankenkasse, c. welche organisatorischen Verbesserungen sich ergäben. Die Krankenkassen in NRW hätten die Zuständigkeiten unter sich aufgeteilt. Der Zeitplan sei, in der nächsten Sitzung, spätestens in der 1. Sitzung des Jahres 2016 eine Beschlussvorlage in den Ausschuss einzubringen, mit welchen Kosten zu rechnen sei, und welche Bedeutung sich für das Ressort Einwanderung und Integration ergäbe.

Herr Stv. Kring schlägt vor, auf die zusagten Zahlen zu warten, um dann im Konsens zu entscheiden. Dies wird von Herrn Stv. Wessel, Frau Stv. Schroeder, sowie Frau Stv. Schäfer unterstützt.

Auf Nachfrage von Frau Stv. Schäfer bzgl. Einbezug von Rabattverträgen wie in Hamburg/Bremen erklärt Beig. Dr. Kühn, man würde das mit in die Diskussion einbringen, müsse aber wissen, die Rahmenvereinbarung für NRW sehe anders aus als für den Stadtstaat Hamburg, weniger günstig. Für NRW seien Festkosten vereinbart, darüber hinaus würden in NRW in dem Zusammenhang anfallende Anwalts- und Gerichtskosten auf die Kommunen abgewälzt.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom 21.10.2015:

Die Beschlussfassung wird auf die Folgesitzung vertagt.

-
- 4 Einführung einer Gesundheitskarte für Asylbewerber**
Vorlage: VO/1843/15
- Erledigt mit TOP 3, es gab keine weiteren Wortmeldungen.
- Entgegennahme ohne Beschluss.

-
- 5 Ausgabe von Wahlbenachrichtigungen in Seniorenunterkünften und Pflegeheimen**
Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE vom 22. September 2015
Vorlage: VO/1801/15
- Auf Nachfrage erklärt Herr Agir, Hintergrund für die Anfrage sei ein Fall, in dem ein Heimbewohner seine Wahlbenachrichtigung nicht bekommen habe, man habe auf dieses Problem in Wuppertal aufmerksam machen wollen.
- Herr Dr. Humburg erklärt, ein solcher Fall müsse Anlass sein, das vorgesehene Beschwerdemanagement zu aktivieren.
- Herr Temme trägt bei, es sei der Eindruck geschaffen worden, es handele sich um ein Flächenproblem, dies entspreche aber nicht den Tatsachen.
- Frau Kettig äußert, im Bereich der Ausübung des Wahlrechts von Bewohnern von Pflegeeinrichtungen mangle es schon an Unterstützung.
- Herr Dr. Hamburger empfiehlt, vor der nächsten Wahl durch die Einrichtungsträger über Maßnahmen der Unterstützung zur Ausübung der Wahlrechte von Einrichtungsbewohnern zu berichten.
- Entgegennahme ohne Beschluss.

-
- 5.1 Ausgabe von Wahlbenachrichtigungen in Seniorenunterkünften und Pflegeheimen Große Anfrage der Ratsfraktion Die Linke**
Vorlage: VO/1801/15/1-A
- Erledigt durch TOP 5.
- Entgegennahme ohne Beschluss.

-
- 6 Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderung**
- Herr Lehnen berichtet, Themen in der letzten Beiratssitzung seien hauptsächlich Fragen an die OB-Kandidaten gewesen. Außerdem habe die Stadtparkasse über ihr Projekt ‚Barrierefreiheit‘ berichtet.

-
- 7 Bericht aus dem Seniorenbeirat**
- Frau Stv. Gundelbacher berichtet zum Vortrag von Frau Ackermann über das Angstraumkonzept.

8 Bericht aus der Gesundheits-, Alters- und Pflegekonferenz

Frau Stv. Schäfer berichtet, Herr Buntrock-Schweer, Gesundheitsamt, habe zum Stand der der Arbeit im MRE-Netzwerk Wuppertal berichtet.

9 Mitteilungen der Verwaltung

Es gab keine weiteren Mitteilungen der Verwaltung.

10 Verschiedenes

Der Vorsitzende berichtet, Herr Dr. Zenses von der „Praxis ohne Grenzen“ in den Räumen der Caritas Solingen sei für die nächste Sitzung zum Bericht über die Arbeit mit Flüchtlingen und Migranten eingeladen.

Stv. Michael Wessel
Vorsitzender

Heike Löber
Schriftführerin